

An den
Landrat Dr. Olaf Gericke
Kreis Warendorf

Antrag der FDP-Kreistagsfraktion zum Kreisausschuss am 25.06.2021

24. Juni 2021

Markus Diekhoff MdL
Vorsitzender des
Kreisverbands und der
Kreistagsfraktion

diekhoff@fdp-waf.de

Erna Trojahn
Geschäftsführerin

Augustin-Wibbelt-Str. 3
48317 Drensteinfurt

zentrale@fdp-waf.de
T: 0250899400 -99

Der Kreis Warendorf ist ein sicherer Ort für Geflüchtete und Verfolgte

Verantwortung in NRW, Deutschland und Europa übernehmen

Das Recht auf Asyl ist in Deutschland ein hohes Gut nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland genießen politisch verfolgte Menschen Asyl. Das Asylrecht hat in Deutschland als Grundrecht Verfassungsrang. Es dient in seinem Kern dem Schutz der Menschenwürde, schützt aber auch das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit und andere grundlegende Menschenrechte. Es ist das einzige Grundrecht, das nur Ausländerinnen und Ausländern zusteht.

Das ist Ausdruck für den Willen Deutschlands, seine historische und humanitäre Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen zu erfüllen. Die Verpflichtung der EU, Schutzbedürftigen zu helfen, ist in der Charta der Grundrechte und im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankert.

Die Flüchtlingskrise hat gezeigt, dass Migration zu bewältigen sein muss. Es braucht daher klare Regeln, um Migration zu ordnen. Wir wollen, dass Flüchtlinge Schutz bekommen und Zuwanderung nach klaren Kriterien erfolgt.

Auf kommunaler Ebene ist eine angemessene Unterkunft, Bildungsangebote und Rechtsberatung zwingend für eine zügige Bearbeitung von Asylverfahren und die schnelle und umfassende Integration anerkannter Asylsuchender.

Der Kreis Warendorf wird dieser Verantwortung in vielfältiger Weise gerecht. Dies hat sich auch besonders im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015 gezeigt.

So steht der Kreis vorbildlich für einen humanitären Umgang mit Flüchtlingen und die zügige Unterbringung und Betreuung in kleinen Einheiten unseren Kommunen. Größere erste Wohnunterkünfte wurden sehr zügig geräumt und eine dezentrale Integrationsfördernde Unterbringung ermöglicht

Aber auch außerhalb der akuten Krisenlage ist das Engagement für Geflüchtete, Zuwanderer und deren Familien im Kreis Warendorf überdurchschnittlich.

- Bereits 2010 wurde die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums (KI) des Kreises Warendorf mit Sitz in Ahlen beschlossen. In den Handlungsfeldern des KI werden die Arbeitsschwerpunkte „Integration durch Bildung“ und „Integration als Querschnittsaufgabe“ zusammengeführt. Mit Maßnahmen wie der schulischen Erstberatung, die Programme „Griffbereit/Rucksack-KiTa/Rucksack Schule“, „Eltern mischen mit - Mitwirken heißt verändern“, das Patenprojekt am Übergang Schule – Beruf und vielen anderen Sprach- und Elternbildungsprogramme trägt das KI zu einer bestmöglichen Integration von geflüchteten Menschen bei. Das KI hat landesweit für positive Resonanz gesorgt und wird heute landesweit als ideale Organisationsform für die kommunale Integrationsarbeit angesehen.
- Zudem werden im Kreis Warendorf seit vielen Jahren die ausgeschütteten Gewinne der Sparkasse Münsterland Ost nicht in direkt in den allgemeinen Haushalt überführt, sondern per Beschluss des Kreistages direkt für das Projekt FIT, Frühkindliches Integrations- Training, zur Verfügung gestellt. Im Rahmen dieses Projektes ermöglichen wir allen Kindern echte Bildungschancen, da Sprachbarrieren beseitigt werden und alle Kinder in der Grundschule durch gute Deutschkenntnissen von Anfang an teilhaben können am Bildungsangebot.
- Die Betreuung der Gruppe der anerkannten Flüchtlinge, die SGB II-Leistungen erhalten, stellt auch sechs Jahre nach der 2015 beginnenden Flüchtlingswelle eine Schwerpunktaufgabe des Jobcenters dar. Die spezialisierten Fachkräfte des Kompetenzteams Migration beraten Flüchtlinge auf ihrem Weg in Arbeit oder Ausbildung. Dabei steht das gesamte Portfolio der Arbeitsmarktinstrumente zur Verfügung. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Fluchtkontext werden durch die Fachkräfte der Ausbildungsvermittlung zur Heranführung bzw. Aufnahme einer Ausbildung beraten, bereits beginnend in der Schulzeit. Es finden die Integrationsstrategien beim Übergang Schule-Beruf Anwendung. Menschen, die bereits über mehrjährige Berufserfahrung (einschl. ausländischer Berufserfahrungen) verfügen, werden ermutigt, durch Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen mittelfristig einen Berufsabschluss zu erlangen.
- Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien ist für die Versorgung, Betreuung und Vertretung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern bzw. Asylsuchenden zuständig. Diese Zuständigkeit gilt nicht entsprechend für geflüchtete Familien. Die Verteilung und Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländer erfolgt in NRW über die Landesverteilstelle des Landschaftsverbandes Rheinland. Hier wird über eine Quote die Anzahl der jungen Menschen, die aufzunehmen sind, bemessen. Einfluss seitens des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien auf die Höhe der geltenden Quote besteht nicht. Das Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien erfüllt durchgehend die zu erfüllende Quote und meldet sich bei der Landesverteilstelle, wenn Kapazitäten frei werden.

- Um Chancen für integrationswillige Zuwanderer zu erhöhen, stehen wir zu einem klaren und effektiven Abschiebemanagement von sich unberechtigt in Deutschland aufhaltenden Personen und straffällig gewordenen Personen. Auch hier ist der Kreis Warendorf im landesvergleich vorbildlich.

Verantwortung in Deutschland und Europa

Eine einseitige Bevorzugung bestimmter Fluchtarten, so wie bei der Initiative „Sicherer Hafen“ des Vereins Seebrücke, ist kontraproduktiv für eine gemeinsame europäische Haltung. Die Initiative Seebrücke möchte eine Abkehr vom bisherigen Asylrecht. Der Schutz der europäischen Außengrenzen – Voraussetzung für die offenen Binnengrenzen! – wird pauschal als „Abschottung“ diffamiert. Abschiebungen werden grundsätzlich abgelehnt. Zudem ist es nicht akzeptabel, dass ein Asylantrag der aus einer Einreise mit dem Boot entspringt eine höhere Wertigkeit haben sollte als Asylanträge von Menschen die über Land oder mit dem Flugzeug in Deutschland einreisen. Eine solche Politik spielt kriminellen Schleppern in die Hände und setzt Fehlanreize für die lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer.

Auch Geflüchteten, die auf anderem Wege in die EU einreisen, muss der gleiche Zugang zum Asylverfahren gewährt werden.

Der Kreistag des Kreises Warendorf fordert die Bundesregierung auf

- Um den bei uns Schutz suchenden Menschen gerecht zu werden, braucht es klare Regeln für die Migration. Diese müssen zeitnah auf europäischer Ebene geschaffen werden. Die Bundesregierung soll darauf hinwirken.
- die Bundesregierung soll sich für ein gemeinschaftliches Vorgehen mit all unseren europäischen Partnern besonders stark machen. Nationale Alleingänge, wie die Entscheidung in Dänemark sich abzuschotten, sind auch mit Blick auf die Spannungen innerhalb der Europäischen Union zu vermeiden. Das Asylrecht muss allen Betroffenen innerhalb der gesamten EU möglich gemacht werden und die Last muss innerhalb der EU gerecht verteilt werden.
- Der Kreistag des Kreises Warendorf unterstützt Initiativen der Bundesregierung, um die Lebenssituation der Menschen in den Ländern zu verbessern aus denen besonders viele Menschen fliehen. Wie den 2017 gestarteten "Compact with Africa", um Investitionsanreize zu verbessern und vorhandene industrielle Kerne in Afrika zu stärken. Zwölf reformorientierte afrikanische Länder haben sich der Initiative inzwischen angeschlossen. Sie werden dabei unterstützt, das Geschäftsklima zu verbessern, die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Initiative zur Beschäftigung Jugendlicher im ländlichen Raum sowie ein Programm zur Förderung des Zugangs von Mädchen zu Informations- und Kommunikationstechnologien ergänzen die Palette der Maßnahmen.
- Wir wollen Europas Grenzen schützen und begrüßen die Aufstockung der Europäischen Grenz- und Küstenschutzagentur Frontex auf 10.000 Grenzbeamte bis

2027. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Personal- und Sachausstattung von Frontex darüber hinaus aufzustocken.

- Zukünftig wird die Verwaltung in regelmäßigen Abständen zu den Integrationsbemühungen im Kreis Warendorf im Fachausschuss (BIKS) berichten.